



Simmen Petra
Fraktionspräsidentin SVP Uri

Altdorf, 20.10.2014

Im Namen der SVP Fraktion gebe ich folgende Motion ein.

**Motion für bereinigte Strukturen und mehr Einbezug der
Gemeinden bei Entscheidungen der KESB**

Herr Präsident meine Damen und Herren

Ausgangslage: Die kommunalen Vormundschaftsbehörden wurden per 1. Januar 2013 durch die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) abgelöst. Dabei haben sich die Zuständigkeiten, die Verfahren und die Betreuung der betroffenen Personen wesentlich verändert. Die Folge dieser Veränderungen ist die Zunahme der Kosten insbesondere für kindesschutzrechtliche Massnahmen. Ebenfalls hat auch die Bürokratie seither erheblich zugenommen, dies zeigen Abklärungen bei den Gemeinden klar auf. Die Aufsplitterung der Zuständigkeiten zwischen einer Behörde, die entscheidet aber nicht betreut, einer Gemeinde, die nichts wissen darf, aber zahlen muss, ist nicht zielführend und verschlechtert die Betreuung der betroffenen Personen zunehmend. Diese strukturellen Fehler müssen korrigiert werden. Mit den vorgeschlagenen Bestimmungen würde eine Grundlage geschaffen, um die Effizienz und Zusammenarbeit zwischen der KESB und den Gemeinden zu verbessern.

Antrag: Gestützt auf Artikel 115 ff der Geschäftsordnung des Urner Landrates wird der Regierungsrat beauftragt, folgende Bestimmungen festzulegen:

- 1. Die Gemeinde soll vorgängig für Sachverhaltsabklärung einbezogen werden.*
- 2. Die Gemeinde ist zu informieren; ihr steht zudem das Akteneinsichtsrecht zu.*
- 3. Gemeinden, die Kosten einer Kindesschutzmassnahme zu tragen haben, sind legitimiert, den Entscheid der KESB anzufechten.*
- 4. Kosten- und Rechnungskontrolle öffentlich finanzierter KESB – Massnahmen muss ermöglicht und koordiniert werden.*
- 5. Anpassung der Strukturen für eine Kostenoptimierung durch Umverteilung der Sozialhilfekosten. Denkbar wäre dies bspw. auch mittels Lastenausgleich zwischen den Gemeinden.*
- 6. Zuständigkeits- und Organisationsordnungen zwischen Gemeinden und Kanton sollen geklärt werden.*
- 7. Zuständigkeits- und Organisationsordnungen zwischen der KESB und weiteren sozialen Dienste des Kantons Uri sollen überprüft und klar definiert werden.*

Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen des Zweitunterzeichners

Erstunterzeichner



Petra Simmen – Zurfluh

Zweitunterzeichner



Pascal Blöchlinger